

Der Staat als „Energieversorger“

Wie steht es um das Verhältnis von Preisbremsen zu einer Sozialen Marktwirtschaft

Krisen über Krisen: Unser Wohlstandsmotor, die Soziale Marktwirtschaft, leidet noch immer an Corona, leidet nun außerdem noch an Inflation und explodierenden Energiepreisen und an all deren Folgen. Die Soziale Marktwirtschaft zeigt unter all diesen Umständen ihre verletzte Seite. Sie ist in diesen Krisenzeiten darum staatsbedürftiger als sonst, es helfen angesichts der Corona- und jetzt der Energiekrise nur milliarden schwere Hilfspakete, um Firmenpleiten, Privatinsolvenzen und den wirtschaftlichen Abschwung wenigstens einzudämmen.

Entsprechend „wummste“ – so die Formulierung des damaligen Finanzministers und heutigen Bundeskanzlers Olaf Scholz (SPD) – es vor nunmehr bald drei Jahren heftig, als die Corona-Krise weite Teile von Wirtschaft und Gesellschaft lahmlegte und der Staat kostspielig einspringen musste. Jetzt sollt es nach dem Willen der Bundesregierung gleich doppelt „wummsten“: 200 Milliarden Euro, um die aktuelle Energiekrise zu bewältigen und dabei Privathaushalte und die Wirtschaft vor horrenden Energiekosten zu schützen. Der Staat verstaatlicht den größten Gasimporteure Uniper, der Bundesfinanzminister übernimmt als Soforthilfe im Dezember quasi unsere Heizkosten, staatlich garantierte und finanzierte Gas- und Strompreisbremsen folgen. Vater Staat zeigt sich also fürsorglich. Und er kann es. Gott sei Dank haben wir Bundesrepublikaner einen solch potenten Vater Staat. Aber – soll er das überhaupt?

Nimmt man sich auf der Suche nach einer Antwort die katholische Soziallehre als Kompass, zeigt sich: Es gibt kein bestimmtes „christliches“ Wirtschaftsmodell. Allerdings hat insbesondere Papst Johannes Paul II. betont, dass eine freie Marktwirtschaft im Gegensatz zur sozialistischen Planwirtschaft grundsätzlich positiv zu bewerten sei, da sie „das wirksamste Instrument für die Anlage der Ressourcen und für die beste Befriedigung der Bedürfnisse“ darstelle. Zentral ist die Formulierung in der Enzyklika „Centesimus annus“ (1991), in der „die grundlegende und positive Rolle des Unternehmens, des Marktes, des Privateigentums und der daraus folgenden Verantwortung für die Produktionsmittel“ gewürdigt wird, sofern eine Marktwirtschaft nicht schrankenlos, sondern durch eine solide Rechtsordnung eingehegt ist. Denn ein vom Wettbewerbsprinzip geprägter Markt kann als „ein wirkungsvolles Mittel“ betrachtet werden, „um wichtige Ziele der Gerechtigkeit zu erreichen“.

Es geht der kirchlichen Soziallehre also in erster Linie um Ordnungsethik und Ordnungspolitik. Der Staat ist dabei im besten Falle der Garant einer gerechten Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Der Wettbewerb auf dem Markt ist damit eine „staatliche Veranstaltung“. Dabei schreibt die katholische Soziallehre kein näher bestimmtes Staat-Wirtschaft-Verhältnis vor. Richtschnur aber ist: „Die Sorge des Staates für die Wirtschaft, so weit und so tief sie auch in das Gemeinschaftsleben eingreift, muss dergestalt sein, dass sie den Raum der Privatinitiative der einzelnen Bürger nicht nur nicht einschränkt, sondern vielmehr ausweitet“ (Mater et magistra Nr. 55).

Direkte staatliche Eingriffe in das ökonomische Freiheitsgeschehen sind demnach nur dort angemessen, wo „Ordnungswidrigkeiten“ bestehen oder wichtige Gemeinwohlbelange anders nicht erreicht werden können. Hier hilft ein Vergleich zum Fußballspiel, bei dem es ebenfalls verbindliche Spielregeln gibt, das eigentliche Spiel aber ansonsten frei abläuft. Der Schiedsrichter unterbricht es immer nur dann, wenn er regelwidriges Verhalten ahnden und korrigieren muss. Der Staat als Anwalt des Gemeinwohls muss gerade in Zeiten wie diesen beherzt eingreifen können.

Solidarität begründet den Anspruch, bei Bedürftigkeit von der Gemeinschaft Hilfe zur Selbsthilfe zu erhalten

Denn die aktuelle Energiekrise ist weit mehr als nur ein besonders böses Foul, das den Schiedsrichter auf den Plan ruft. Russlands Kriegstreiben hat schließlich den Ukrainern viel Leid und Tod gebracht, die bisherige internationale Sicherheitsarchitektur aus den Angeln gehoben und den von russischem Gas abhängigen Ländern wie Deutschland den Hahn zugekehrt. Ein Staat, der in dieser Lage direkt ins Wirtschaftsgeschehen eingreift, muss damit noch längst keinem sozialistischen Interventionismus verfallen sein. So haben angesichts der aktuellen Energiekrise etwa auch das von den Tories, der Partei der überzeugten Antikommunistin Margaret Thatcher, regierte Großbritannien und weitere europäische Länder Preisdeckel für Strom und Gas zu einem Zeitpunkt eingeführt, als die deutsche Regierung allen Ernstes noch eine Verteuerung durch die Gasumlage forciert hatte.

Mit den Prinzipien der katholischen Soziallehre gesprochen gilt: Solidarität be-

gründet den Anspruch jedes Menschen, bei Bedürftigkeit von der Gemeinschaft beziehungsweise vom Staat die Hilfe zu erhalten, die es ihr oder ihm ermöglicht, sich im Sinne der Subsidiarität wieder selbst helfen zu können. Umso dringender ist dies aktuell der Fall, denn nicht wenige Unternehmen und auch Privathaushalte bis weit in die Mittelschicht hinein würden angesichts der horrenden Preissteigerungen massenhaft dem Bankrott entgegengehen, wenn der Staat nicht gegensteuert und in die Marktmechanismen eingreifen würde. Der Schaden wäre immens.

Dementsprechend führen auch weitere europäische Länder Energiepreisdeckel ein – egal ob sozialdemokratisch, liberal oder konservativ regiert. Ordnungspolitische Orthodoxie ist fehl am Platz, wenn ein komplexes gesamtgesellschaftliches Problem einen starken Staat auf den Plan ruft. Ein besonderes Augenmerk speziell auf die Ärmern gehört christlich-sozialethisch ebenfalls dazu. So ist zum Beispiel die Erhöhung der Regelsätze im Rahmen der geplanten Bürgergeld Einführung angesichts der Rekordinflation richtig und überfällig.

Im Sinne des Leitbildes der Sozialen Marktwirtschaft bleibt es aber ebenso richtig, daran zu erinnern, dass höhere Sozialleistungen und staatliche Hilfspakete ohne erfolgreiche Wertschöpfung auf einem freien, aber rechtlich und sozial eingehegten Markt so nicht möglich wären. Die Soziale Marktwirtschaft aber ist kein statisches Modell, sondern muss immer wieder an die sich wandelnden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen angepasst werden.

Immer wieder neu über ein angemessen ausbalanciertes Zueinander von Markt und Staat unter Rücksichtnahme auf aktuelle soziale – und ökologische! – Herausforderungen nachzudenken, bleibt daher eine der wichtigsten Aufgaben der katholischen Soziallehre und Sozialethik. LARS SCHÄFERS

Lars Schäfers ist Magister der Theologie und wissenschaftlicher Referent an der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach sowie Generalsekretär der sozialen Vereinigung Ordo socialis.

